



BERICHT



KAS EUROPABÜRO BRÜSEL MULTINATIONALER ENTWICKLUNGSDIALOG

High level seminar über Economic Governance in den Beziehungen zwischen Afrika und der EU: Der Schlüssel zu nachhaltigem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung in einer globalisierten Wirtschaft

23.-26.Oktober 2010

Das Seminar wurde in Kooperation mit der Generaldirektion Entwicklung der Europäischen Kommission organisiert und war Teil der Vorbereitungen zum Afrika/EU Gipfel am 29. November 2010. Die Hauptthemen des Gipfels, wirtschaftliches Wachstum und die Förderung von Arbeitsplätzen im Rahmen der strategischen Partnerschaft zwischen Afrika und Europa, bildeten die Kernelemente des Seminars.

Während der ersten Hälfte des Seminars wurden den Teilnehmern Themen im Zusammenhang mit economic governance vorgestellt, wie beispielsweise die Rolle der Privatwirtschaft, Rahmenbedingungen für business governance, Finanzdienstleistungen und Unternehmerische Gesellschaftsverantwortung (Corporate Social Responsibility, CSR). Anschließend bereiteten die Teilnehmer einige Empfehlungen vor, die als Grundlage für die roundtable Diskussion zwischen Staatsoberhäuptern und Vertretern der Privatwirtschaft während des Gipfels dienten. Die Teilnehmer waren Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus Afrika und der EU.

Ergebnisse

Das Seminar wurde durch die Offenheit der Diskussion zwischen den Vertretern von Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft bestimmt. Die Ergebnisse des Seminars wurden in einem Diskussionspapier festgehalten; die Vorschläge, die in diesem Papier gemacht wurden, wurden als Beitrag zum Grünbuch *„EU-Entwicklungspolitik zur Förderung eines breitenwirksamen Wachstums und einer nachhaltigen Entwicklung - Für eine EU-Entwicklungspolitik mit größerer Wirkung“* verwendet. Das Seminar trug dazu bei, dass eine kommissionsinterne Konsultation zu economic governance initiiert und eine Arbeitsgemeinschaft zu economic governance ins Leben gerufen wurde. Des Weiteren wurde innerhalb der Afrika/EU Plattform für Dialog eine Arbeitsgemeinschaft zu economic governance gegründet. Das Diskussionspapier wurde dem Afrika/EU Business Forum und dem CEO roundtable während des 3. Afrika/EU Gipfels in Tripolis vorgestellt.

Zusammenfassung der Vorträge und Diskussionen

Klaus Rudischhauser, Direktor, Direktion AKP I, Allgemeine Angelegenheiten, betonte in seinem einleitendem Diskussionsvortrag die wichtige Rolle der EU als größtem Akteur, der in allen afrikanischen Ländern präsent, der größte Geldgeber und ein wichtiger Handelspartner ist. Da der Dialog zwischen Afrika und der EU inzwischen so vielfältige Themen wie Sicherheit,

**BERICHT
EUROPABÜRO BRÜSSEL
MULTINATIONALER
ENTWICKLUNGSDIALOG**

OKTOBER 2010

Demokratie und Menschenrechte, Handel, Regionale Integration und Infrastruktur, Millenium Development Goals, Energie, Klimawandel, Migration, Mobilität und Beschäftigung, Forschung, Informationsgesellschaft und Welt-raumprojekte abdecke, sei die Einbeziehung des Privatsektors und zivilgesellschaftlicher Akteure von großer Bedeutung. In Zukunft werde das Engagement der EU auch auf die Förderung des Privatsektors ausgerichtet sein, mit mehr Darlehen für Investitionen und die Frage, wie die Handelsposition Afrikas in der Weltwirtschaft verbessert werden könne. Dies bedeute jedoch keinen Rückzug aus den Aktivitäten im Bereich Regierungsführung.

John Kaninda, Anwalt und Unternehmensberater aus der Demokratischen Republik Kongo, präsentierte die Herausforderungen für den Handel in Afrika anhand der Fallstudie der Demokratischen Republik Kongo und der Bergbauindustrie. Afrika sei ein attraktiver Standort für Investitionen geworden, nicht zuletzt aufgrund der hohen Rentabilität (am höchsten im Vergleich zu den anderen Entwicklungsländern), des hohen Anteils an ungenutztem Ackerland und des großen Anteils an natürlichen Ressourcen (z.B. 10% der weltweiten Ölvorkommen, 40% der Goldvorkommen, und 80-90% der Platinum-/Chromiumvorkommen). Des Weiteren verfüge der Kongo über einen Konsumentenmarkt, der im Vergleich zu entwickelten Ländern zwei bis drei mal schneller wachse. Bis 2040 werde ein fünftel der jungen Menschen der Welt im Kongo leben und die Größe der Arbeitskräfte werde Chinas Anteil übertreffen. Im Hinblick auf Handelsbeziehungen führe Afrika schon jetzt die Hälfte seines Handels mit Entwicklungsregionen (z.B. China). Allerdings gäbe es erhebliche Hindernisse für die Entwicklung eines existenzfähigen Geschäftsumfelds aufgrund von fehlender Transparenz, Verantwortlichkeit und guter Regierungsführung. Ein beispielgebender Fall sei die Überprüfung des Bergbausektors, der im Kongo 2007 durchgeführt wurde und nach zwei Jahren in der Schließung einer der größten Anlagen in der Provinz Katanga endete, die von der kanadischen Firma First Quantum Minerals Ltd (FQML) betrieben wurde. Im darauffolgenden Rechtsstreit wurde die kongolesische Regierung angeklagt, ohne Gerichtsbeschluss gehandelt zu haben. Obwohl Kongo ein wichtiger Standort für ausländische Direktinvestitionen bleibe, stelle das Fehlen von guter Regierungsführung ein ernstzunehmendes Problem für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes dar.

In der darauf folgenden Diskussion wurde bemerkt, dass in Botswana alle natürlichen Ressourcen im Staatsbesitz seien und der Kongo kein gutes Beispiel für die Bergbauindustrie in Afrika sei. Weiterhin wurde die fehlende Transparenz bei Verträgen mit Regierungen auch im Goldabbau kritisiert; die Fortentwicklung des Agrarsektors erfordere klare Gesetze zu Landbesitz. Was die öffentliche Auftragsvergabe angehe, so würden in Senegal gute Fortschritte gemacht und nur 5% der Aufträge würden außerhalb der öffentlichen Vergabeordnung zugeschlagen. Es wurden dann Probleme durch Korruption und das Fehlen rechtsstaatlicher Prinzipien im Kongo und der teilweise willkürliche Umgang der Regierung mit Investoren diskutiert. Die Schwierigkeit für Firmen die corporate social responsibility beachten und daher in Entwicklungsländern vergleichsweise benachteiligt seien wurde angeführt, und es wurde angeregt, dass Firmen, die CSR Regelungen einhalten, positive Anreize erhalten sollten. Auch wurde ein code of conduct für Unternehmen vorgeschlagen, der Unternehmen, die sich korrupten Ge-

BERICHT
EUROPABÜRO BRÜSSEL
MULTINATIONALER
ENTWICKLUNGSDIALOG

OKTOBER 2010

schäftspraktiken enthalten, schützen solle. Zudem wurde die Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen betont, deren Aufgabe es sei, die gute Regierungsführung einzufordern.

Stefan Schepers, Managing Partner von EPPA, Belgien, präsentierte in seiner Analyse die Notwendigkeit positive Rahmenbedingungen für verantwortliche Unternehmensführung und verantwortliches Handeln von staatlichen Akteuren zu schaffen, um Entwicklungen im sozialen Bereich und in der Marktwirtschaft zu steuern. Sowohl schnelles Wirtschaftswachstum als auch technischer Fortschritt beeinflussten die globale Wirtschaftsordnung, die gemeinsam mit dem Globalisierungsprozess zu einer Zunahme des Ungleichgewichts zwischen Ländern führten und es Staaten und Internationalen Organisationen schwer machten, klassische Aufgaben wahrzunehmen. Es gäbe eine Notwendigkeit zu Innovationen im Bereich der öffentlichen Steuerung, zum Beispiel durch die Unterstützung der Regionalisierung von Märkten, wie der Europäischen Union. Außerdem müssten sich Staaten wieder stärker bei strategischen Steuerungs- und Anpassungsprozessen einbringen.

Die Rolle von Finanzdienstleistungen als Unterstützungsfaktor für Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung von Wirtschaften wurde von **Marc Hoessels**, Partner, Deloitte präsentiert. Die Industrialisierung landwirtschaftlicher Produktion zunächst durch Mikrokredite und später die Entwicklung großer Wirtschaftsunternehmen seien ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Entwicklungsländern. Die Möglichkeit lokale finanzielle Ressourcen zu mobilisieren und dort weiter zu verteilen, wo sie gebraucht werden, sollte für ein Finanzsystem wichtig sein. Mit der Ermöglichung eines Zugangs zu Finanzdienstleistungen in dünn besiedelten Gebieten seien hohe Kosten verbunden. Bezüglich Finanzinstitutionen sei die Verbesserung der finanziellen und organisationsbezogenen Gesundheit afrikanischer Banken besonders wichtig und könne durch einen höheren Wettbewerb erreicht werden. Als neuer Akteur sei China ein immer wichtigerer Partner für Afrika, der weniger Bedingungen in Verhandlungen stelle. Finanzdienstleistungen für Privatpersonen seien von großer Wichtigkeit, um Humankapital in der Region aufzubauen (z.B. Darlehen für Studenten um Studien zu finanzieren, die zu besser gebildeten Arbeitskräften führen).

Dr. Rym Ayadi, Senior Research Fellow des Centre for European Policy Studies ergänzte die vorangegangene Präsentation mit einem Vortrag zum Thema Financial Development und nachhaltiges Wachstum. Financial Development schöpfe nur dann Wachstum, wenn bestimmte Bedingungen wie zum Beispiel stabile Rahmenbedingungen oder das Vorhandensein ausgebildeter Arbeitskräfte erfüllt seien. In den letzten Jahren habe der Handel zwischen Afrika und Asien stark zugenommen, allerdings blieben Rohstoffe die hauptsächlichen Exportgüter, die starken Marktschwankungen unterworfen sind. Investitionen aus China würden vor allen Dingen in Ländern mit großen Ölvorkommen und dort im Bereich Infrastruktur getätigt. Für die Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und Afrika sollten mehr Investitionen in den Privatsektor und KMU fließen. Der Dialog mit Entwicklungsländern, die in Afrika aktiv sind, sollte mit Hilfe der G20 und eines Policy Dialogs zwischen der EU und China vertieft werden, um eine größere Transpa-

**BERICHT
EUROPABÜRO BRÜSSEL
MULTINATIONALER
ENTWICKLUNGSDIALOG**

OKTOBER 2010

renz und bessere Koordinierung im Bereich Entwicklungshilfe zu erreichen. Außerdem sollte ein EU-China-Afrika Dialog in Abstimmung mit den USA und Internationalen Organisationen stattfinden.

Daraufhin wurde auf einen Bericht von Global Witness verwiesen, in dem illegale Zahlungen an Großbanken veröffentlicht wurden. Ebenso wurde die Bedeutung der Schattenwirtschaft in Afrika hervorgehoben. Problematisch sei, dass diese in den meisten Studien nicht mit einbezogen sei. Betont wurde auch, dass public private partnerships (PPPs) durchaus Chancen auf Erfolg hätten und hier ein stärkeres Engagement der EU erwünscht sei. Bisher würden europäische Firmen mehr mit anderen Geberorganisationen als der EU in PPPs kooperieren.

Simon Pickard, Generaldirektor EABIS (The Academy of Business in Society) hielt einen Vortrag zum Thema „*Corporate Social Responsibility und seine Brückenfunktion zwischen Wirtschaft und Gesellschaft – ein Vorbild für mehr Verantwortlichkeit in der Politik?*“ Innerhalb der letzten 30-40 Jahre habe sich die Corporate Social Responsibility (CSR) Debatte verlagert, weg von der Begründung über moralische Anreize, über die Wahrnehmung des komparativen Vorteils für Unternehmen, der durch die Durchführung von CSR Maßnahmen erreicht werden könne. In den letzten Jahren fokussiere sich die Diskussion mehr und mehr auf die Notwendigkeit, CSR in globale Governance Prozesse zu integrieren, um bessere Ergebnisse zu erreichen. Bei CSR gehe es darum, die Dimension von Unternehmenshandeln in der Steuerung von Wirtschaftsprozessen anzuerkennen und nicht um einzelne Aktivitäten. Die Europäische Kommission sähe CSR als freiwilliges Unternehmenshandeln, das zu nachhaltiger Entwicklung beitragen solle. Für Afrika sind CSR Aktivitäten insofern relevant, als dass durch CSR Maßnahmen ein produktives Geschäftsumfeld geschaffen würde (z.B. positive Einstellung der Bevölkerung gegenüber einem Unternehmen durch die Bereitstellung von Gesundheitsdiensten in der Region in der eine Firma aktiv ist), institutionelle Reformen angetrieben und vertrauensbildend auf Investoren wirken würden. Beispiele für verantwortliche Initiativen auf Regierungsebene seien EITI, Kimberley Prozess sowie das African Institute for Governance.

Die Hauptdiskussionenpunkte nach diesem Vortrag betrafen die immer größere Bedeutung von Business Plänen, wie z.B. dem sustainable activity plan, der von Unilever erarbeitet wurde, in dem footprints und verbindliche deadlines angekündigt wurden. Das Ziel sei es, durch ein Mainstreaming der CSR Aktivitäten in den Business Plan eines Unternehmens, einzelne CSR-Aktionen unnötig werden zu lassen. Es gäbe keine ausreichenden Anreize für Finanzinstitutionen, um in CSR aktiv zu werden. Die Miteinbeziehung von CSR Aspekten in Firmenratings könne ein Vorschlag sein, um solche Anreize zu gewährleisten. Weitere Anreize könnten Steuervergünstigungen oder die Schaffung einer „Sozialverträglichkeitsprüfung“ (social impact assessment) anhand des Beispiels des schon bestehenden Systems der Umweltverträglichkeitsprüfung sein, das in einigen Ländern existiere. Die Aufnahme von CSR in die Gesetze eines Landes wurde ebenso vorgeschlagen. Besonders in Entwicklungsländern werde CSR von vielen Ländern nicht durchgeführt, allerdings gäbe es Initiativen von Regierungsseite, sowie den freiwilligen Code for Companies, CSR Maßnahmen in Südafrika durchzuführen.



**BERICHT
EUROPABÜRO BRÜSSEL
MULTINATIONALER
ENTWICKLUNGSDIALOG**

OKTOBER 2010

Investoren würden CSR nicht als Teil einer Unternehmensstrategie anerkennen. Führungsinitiativen von Regierungsseite wurden mehrfach als sehr wichtig eingestuft, da CSR Aktivitäten in manchen Fällen Dienstleistungen ersetzen, die normalerweise von staatlichen Institutionen erbracht werden sollten, wie zum Beispiel die Gewährleistung eines funktionierenden Gesundheitssystems.